
Vorwort

Im kommenden Jahr endet mit der zweiten Amtszeit Barack Obamas eine ambivalente Phase der US-Präsidentschaft. Einer Welle der Begeisterung schon während der Nominierung – im spannenden parteiinternen Duell mit Hillary Clinton – und einer historischen Wahlnacht in Chicago im November 2008 folgte die Ernüchterung im Weißen Haus: Längst nicht alles wurde anders, auch nicht wirklich vieles besser. So brachte das zähe Ringen um die Gesundheitsreform erst 2010 einen Gesetzesbeschluss – und bereits auf dem Weg dahin hatte sich als ideologische Gegenbewegung die *Tea Party* formiert.

Die Hoffnungen eines unter George W. Bush erlahmten Landes auf die Erneuerung Washingtons durch eine politische Lichtgestalt wurden nicht erfüllt. Als zu versteinert erwiesen sich die Kräfte zwischen Kapitol und K-Street, als dass die Reformbemühungen des Präsidenten hätten greifen können. Das meinen zumindest wohlwollende Beobachter. Kritische Stimmen sagen, Obama hätte nach seiner Wahl viel zu wenig Initiative gezeigt, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen – und sich stattdessen darin eingerichtet. Allein das virtuose Spiel mit (alten und neuen) Medien leitete ihn durch das Wiederwahljahr 2012, in dem er nach der ersten TV-Debatte dann doch kurz zittern musste: Wie bei so manch einem Amtsvorgänger hatte eine üble Performanz am Mikrofon seinen Herausforderer Mitt Romney für einen kurzen Kampagnenmoment als ernsthafte Gefahr erscheinen lassen. Wer weiß: vielleicht gehörte auch das zum *game plan* des Präsidenten, der sich fortan keine Blöße mehr gab und am Ende mit einer komfortablen Mehrheit von 332 (bei 538) Wahlmännerstimmen durchsetzen konnte.

Im *popular vote* war die Dominanz bei weitem nicht so deutlich: Die knapp 66 Mio. Stimmen für Obama stehen für gerade 51,1 % der Wählerinnen und Wähler, während Romney immerhin 47,2 % auf sich vereinen konnte. Die bereits am Wahltag sichtbare Polarisierung bestimmte aber nicht erst die zweite Amtsperiode Obamas – schon in den Zwischenwahlen von 2010 hatte es im Repräsentantenhaus einen *swing* zugunsten der Republikaner gegeben, und 2014 verhärteten sich

die Fronten des *divided government* mit der Übernahme der Senatsmehrheit noch weiter.

Neben diesen Verschiebungen im Machtgefüge der USA gab es weitere Entwicklungen, die das Land während der *Obama Presidency* charakterisieren. Befördert nicht zuletzt durch die Lebensgeschichte des Präsidenten selbst, vor allem aber die demografische Entwicklung, erhielten *minority politics* mehr Gehör: Ab Mitte der 2040er Jahre werden die Vereinigten Staaten voraussichtlich eine *majority minority nation* sein; dann stellt keine ethnische Gruppe mehr die Bevölkerungsmehrheit. In einigen Städten, auch in einigen Bundesstaaten, hat sich das bereits auf die Politik und Kandidatenauswahl ausgewirkt; bundespolitisch verläuft der Prozess etwas verzögert.

Und die amerikanische Demokratie unterhält weitere Großbaustellen: Der Ruf nach Reformen eines vom Bürger mehr und mehr entfremdeten *big government* prallt offenbar an einer sich hermetisch abschottenden politischen Elite ab. Während der Occupy-Proteste in 2011 geriet die Kluft zwischen der einfachen Bevölkerung und der politischen Klasse und deren superreichen Förderern für kurze Zeit in den öffentlichen Fokus – da hatte allerdings die *Supreme Court*-Entscheidung ‚Citizens United vs. Federal Election Commission‘ längst für einen Dammbruch in der Wahlkampffinanzierung gesorgt und damit die Gegensätze weiter zementiert. Seit Anfang 2010 dürfen die Mittel in nahezu unbegrenzter Höhe in die Kandidatenwahlkämpfe fließen. Das führte bei den Präsidentschaftswahlen 2012 dazu, dass lediglich 132 Amerikaner 60% des Spendenaufkommens der wichtigen Super-PACs stellten, knapp 240 Mio. \$.

Ähnlich drastisch nimmt sich die Bilanz des Wandels aus mit Blick auf Medienlandschaft und Kampagnenführung. Schon im Zuge der Wahl 2008 war das als „Obama-Effekt“ diagnostiziert worden. Dabei galt der zentrale Einsatz der Kampagnenplattform Internet als substanzielle Neuerung, die bis in die Organisation der Amtsgeschäfte im Weißen Haus hineinreichte. Unter dem Signet des *Open Government* wollte Obama eine zeitgemäße und transparente öffentliche Verwaltung etablieren, die den global spürbaren Impuls aus dem Silicon Valley für Washington nutzbar macht. Seine zweite Kampagne perfektionierte die Mittel einer datengetriebenen, soziodemografisch informierten, spendensammelnden Wahlkampfformorganisation. Die enormen Ressourcen ermöglichten nicht nur eine zielgruppenspezifische Wähleransprache, sondern erlaubten dem Präsidenten, sich medial immer selbstständiger zu präsentieren – das einstmals mächtige *White House press corps* wurde zum bloßen Beobachter und Stichwortgeber degradiert. Nicht etwa der zum Feindbild stilisierte Bürgerjournalismus konkurrierte auf breiter Front mit den etablierten Pressevertretern, sondern autarke und reichweitenstarke *presidential media*.

Die Nachrichtenstadt Washington hatte dem immer weniger entgegenzusetzen. Der Aufstieg von *fake news*, politischer Satire und einer ‚Politik der Fernsehserien‘ ist ein weiteres Erbe der Obama-Jahre. Den komödiantischen Galionsfiguren Jon Stewart und Stephen Colbert sind die entlarvendsten Stücke über die Politik im Weißen Haus und dem Kapitol zu verdanken, bis hin zum Kampagnen-Mimikry eines eigenen *Political Action Committees*. Und es bleibt zu hoffen, dass der skrupellose Frank Underwood aus der Polit-Fabel *House of Cards* nur in den fiktionalen Fernsehwelten Geltung beanspruchen kann: „Democracy is so overrated.“

Overrated – ein gutes Stichwort. Nicht überschätzt werden darf das inhaltliche Spektrum der in diesem Band versammelten Beiträge. So wurden doch viele der hier im Schnelldurchlauf genannten Themen im Band aufgegriffen – aber eben nicht alle, und nicht alle in der Tiefe, die die Komplexität der Gegenstände zuließe. Es ist nachgerade das ‚Schicksal‘ solcher Sammelbände, einem Schweizer Käse zu gleichen. Die einzelnen Texte konzentrieren sich auf spezifische Aspekte, und in der Gesamtschau bleiben Lücken, Löcher, die von der wissenschaftlichen Gemeinschaft an anderer Stelle *vielleicht* gefüllt werden. Publikationsorgane wie dieses (und die Sozialwissenschaften sowieso) haben schlicht Grenzen – aber sie bieten eben auch Konzentration. So sind wir dennoch davon überzeugt, dass die Beiträge insgesamt eine spannende, abwechslungsreiche und wertvolle Lektüre darstellen. Dafür sind wir dankbar.

Überhaupt nicht *overrated* ist unser Dank an die Autoren. Für ihren Beitrag an sich, das ist selbstverständlich. Aber auch für das Feedback, dass sie in einem für derartige Bände eher ungewöhnlichen Verfahren (einer gegenseitigen Kritik) ihren Mitautoren gaben. Der Publikationsprozess mag sich dadurch etwas verzögert haben, aber wir glauben: der Qualitätsgewinn war es wert.

Überhaupt nicht mehr in Kategorien des *overrating* zu denken ist unser Dank für die Geduld, die alle hier am Projekt beteiligten Personen zeigten, allen voran Barbara Emig-Roller von Springer-VS. Danke.

Bevor wir jetzt der Versuchung erliegen, noch unseren Kindern zu danken, ein letzter Dank an Christopher Schmidt, der all unsere Unzulänglichkeiten in seinem persönlichen Stundenplan des Unterstützerlebens unterbrachte.

Düsseldorf im Februar 2015

Christoph Bieber
Klaus Kamps

Die US-Präsidentschaftswahl 2012

Analysen der Politik- und Kommunikationswissenschaft

Bieber, C.; Kamps, K. (Hrsg.)

2016, XIII, 442 S., Softcover

ISBN: 978-3-531-19766-1